

1. Ausbau des Berufsgrundschuljahres im Rahmen des Bildungsgesamtplanes und des Stufenplans der Bund-Länder-Kommission.

2. Verstärkte Einführung des Blockunterrichts und Erhöhung des Teilzeitunterrichts auf 12 Wochenstunden.

3. Einführung eines obligatorischen Berufsvorbereitungsjahres für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag.

4. Einrichtung von berufsqualifizierenden Ausbildungsgängen an Berufsfachschulen für Schüler mit Fachhochschul- und Hochschulreife.

5. Einrichtung eines bedarfsorientierten flächendeckenden Angebots von Fachschulbildungsgängen.

Die Maßnahmen zur schulischen und betrieblichen Ausbildung werden im Verbund mit der sich abzeichnenden starken konjunkturellen Erholung in einem „Entwicklungsplan Berufliche Bildung“ zusammengefaßt.

F.D.P.: Bei schneller Hilfe Reform nicht aus dem Auge verlieren

Die F.D.P.-Abgeordnete Silke Gerigk-Groth erklärt:

Die F.D.P. begrüßt das vom Bundestag verabschiedete Berufsbildungsgesetz einschließlich der Umlage-Finanzierung als einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung eines qualifizierten Ausbildungsplatzangebotes sowie zu einer gerechteren Verteilung der Ausbildungs-lasten. Langfristig fordert die F.D.P. größere Kompetenzen des Bundes für die berufliche Bildung, damit unter anderem das Problem der Abstimmung der Ausbildungsordnungen für die Betriebe (Bund) mit den Rahmenlehrplänen für Schulen (Land) einfacher gelöst und die Ausbildung in Schule und Betrieb besser koordiniert werden kann. Zusammen mit den Schwerpunktprogrammen der Bundes- und der Landesregierung zur Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungsstätten und dem Stufenplan zur Verbesserung des Berufsschulangebots steht ein wirksames Instrumentarium bereit. Die Opposition wäre gut beraten, wenn sie diesen Reformvorschlägen im Bundesrat zustimmen würde.

In NRW ist die berufliche Bildung Schwerpunkt der Bildungspolitik dieser Legislaturperiode. Den vor der Schulentlassung stehenden Jugendlichen ist angesichts hoher Jugendarbeitslosigkeit nur mit schnell wirkenden Programmen zur Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen gedient. Nicht als Ersatz für die Finanzierungsregelung des Berufsbildungsgesetzes, sondern als flankierende und kurzfristige Hilfe hält die F.D.P. das Anschlußprogramm zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit für notwendig. Dank ihres Einsatzes konnten die Mittel für die sozialpädagogische Betreuung jugendlicher Arbeitsloser entscheidend erhöht werden. Durch gleichberechtigt neben andere Lernbereiche zu stellende berufsorientierende Angebote nicht nur in der Hauptschule, sondern in allen Schulformen, kann die hohe Quote der von Arbeitslosigkeit besonders bedrohten Schüler ohne Hauptschulabschluß gesenkt und dem Prinzip der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung zu stärkerer Anerkennung verholfen werden.

Porträt der Woche

Hart an der Grenze lag der bisherige Lebens- und Berufsweg Hans Ferners. Er stammt aus dem Eifeldörfchen Malbergweich im Grenz-kreis Bitburg, aus einer Gegend also, in der sich Anfang des vorigen Jahrhunderts noch die letzten Wölfe Deutschlands „gute Nacht“ sagten. Die herbe Eifel-landschaft ist dort auch heute noch so ursprünglich, daß sie die künstliche Linie zwischen der Bundesrepublik, dem Königreich Belgien und dem Großherzogtum Luxemburg verwischt. So gesehen, bot sich die Natur vor ein paar Jahren geradezu an, die ersten grenzüberschreitenden Naturparks – Südeifel und Nordeifel – zu schaffen.

Von Bitburg gut 100 Kilometer nordwärts fühlt man sich in eine andere Welt versetzt, in eine typische Industrielandschaft: im Kreis Aachen qualmen die Schlotte des – neben der Ruhr – zweiten Steinkohlenreviers Nordrhein-Westfalens. Unter Tage ignorieren die holländischen Bergleute, Flößen und bergrechtlichen Vereinbarungen folgend, die oberirdischen Grenzpfähle, die die Bundesrepublik vom Königreich der Niederlande trennen. Es ist das Revier des Eschweiler Bergwerks-Vereins (EBV), eines zum luxemburgischen ARBED-Konzern gehörenden Unternehmens, das im Aachener Raum bei Kohle und Stahl 20000 Beschäftigte zählt und damit als einer der stärksten Wirtschaftsfaktoren der Region gilt.

Hans Ferner ist hier zu Hause: Hier ist sein Wahlbezirk Aachen-Land Nord, die Revierstädte Alsdorf, Würselen und Herzogenrath umfassend; hier ist der gelernte Telegrafenhändler, der 1949 zum Bergbau und dessen Industriegewerkschaft stieß, als Betriebsdirektor der EBV-Direktion „Kohlenumwandlung“ tätig, zuständig für das Personal- und Sozialwesen von 3000 Beschäftigten, die in den Kokereien, Brikettfabriken, Kraftwerken und Dienstleistungsbetrieben arbeiten; hier, in Alsdorf, Elbinger Straße 7, lebt der 47jährige mit seiner Frau und seinem 17jährigen Sohn, der das Gymnasium besucht, während der 23jährige Sohn in Heidelberg Jura studiert und dort sein Herz an eine Finnin verloren hat.



Hans Ferner (SPD)

Ferner ist seit 1953 Mitglied der SPD, er kennt die Politik an der kommunalen Basis, kam er doch schon 1958 in den Alsdorfer Stadtrat und 1964 in den Kreistag von Aachen-Land, wo er seit 1969 Vorsitzender der SPD-Fraktion ist. 1966 zog er, direkt gewählt, in den Landtag ein. Die Problemstoffe der kommunalen Neugliederung „versalzen“ ihm 1970 das nächste Direktmandat. Doch 1975 eroberte er es zurück, erschien er wieder auf der Düsseldorfer Szene.

Zwischen beiden Legislaturperioden verschoben sich für Ferner die Akzente ein wenig, jedoch nicht grundlegend; denn damals wie heute ging und geht es ihm darum, das schwere Schicksal der Bergleute abzusichern: wieder gehört er dem Landtagsausschuß für Grubensicherheit an, heute wie 1966 ist er dessen Vorsitzender. Zwar war er in den ersten vier Jahren Mitglied des Sozialausschusses, dafür ist er diesmal Mitglied des Wirtschaftsausschusses. Beides, betont Ferner, bot und bietet ihm aber Gelegenheit, für den Bergbau und dessen Zukunft politisch zu wirken. „Das bedeutet gleichzeitig“, erklärt er, „daß ich mich langfristig um Strukturpolitik kümmern kann, insbesondere für den Aachener Raum und den dortigen Arbeitsmarkt.“

Dies kann im Aachener Raum aber niemand sagen, ohne auch über den Zaun nach den beiden westlichen Nachbarn zu schauen, mit denen zur Zeit an der Bildung einer Europäischen Region „Euregio“ am Dreiländereck gearbeitet wird. Denn hart an der Grenze kann man weder eine Förderturm- noch eine Kirchturmpolitik treiben!

Horst Pomsel